

„Behandelt wie ein drittklassiges Pack“

„Displaced Persons“: von den Alliierten befreit und nach dem Kriege vergessen

Fast elf Millionen vom NS-Staat verschleppte Ausländer, Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge wurden 1945 durch alliierte Truppen befreit. Eine Unter-

suchung macht deutlich, daß es vielen „Displaced Persons“ danach nicht besser ging als zuvor. Viele wurden gegen ihren Willen in die Sowjet-Union deportiert.

Der Begriff, eine angloamerikanische Kriegsprägung, ist so spurlos verschwunden wie die Realität, die er vor dreieinhalb Jahrzehnten bezeichnete: DPs, „Displaced Persons“.

Das waren jene Millionen Arbeitssklaven, die zwischen 1939 und 1945 von den Deutschen verschleppt wurden: aus der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete herausgepreßte „Fremdarbeiter“, Kriegsgefangene aus aller Feinde Länder, aus NS-Konzentrationslagern befreite ausländische Häftlinge.

Für die Mehrheit der besiegten Deutschen in den westlichen Besetzungszonen wurde das phonetische Kürzel „Di-Pi“ zum Synonym für eine Minderheit von Befreiten, und eine lästige dazu. Heimlicher Haß auf die Fremden, akute Angst vor Vergeltungsakten der ehemaligen Zwangsarbeiter, Futterneid gegenüber den mit alliierter Armee proviant versorgten DPs und vor allem Fassungslosigkeit über den jäh erzwungenen Rollentausch von Herr und Knecht verdrängten bei den Deutschen auch hier jeden Ansatz, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Als beispielsweise in Solingen im Herbst 1950 ein Lager für polnische DPs aufgelöst wurde, atmete die „Rheinische Post“ stellvertretend für die meisten Deutschen auf: Endlich sei es vorbei mit der „polnischen Wirtschaft“; anstelle des „Nachkriegs-Schandflecks“ werde „bald wieder bergische Sauberkeit in der verhandelten Gegend herrschen“. Das „Rheinische Echo“ gab das Seine dazu: Ein „Fremdkörper in der Solinger Atmosphäre“ sei beseitigt worden – nun „wollen wir auch alles, was mit diesem Lager je zusammenhing, recht schnell vergessen“.

Vergessen auch, daß bereits 1943 Solingens Messerschmieden nur noch durch mehr als 5000 Fremdarbeiter unter Dampf gehalten werden konnten. Vergessen die unzähligen schikanösen Verordnungen, die im Dritten Reich die „friseurmäßige Bedienung der Ostarbeitskräfte“ ebenso untersagte wie die Benutzung der regulären Straßenbahn – wegen „des in der Regel üblen Geruchs, den die Kriegsgefangenen hinterlassen“. Vergessen schließlich die Befehle an „die Herren Betriebs- und Abteilungsleiter“, das „Höchstmaß an Leistung... aus den Russen herauszuholen“ und „körperlich Leistungsunfähige auszumetzen und durch andere zu ersetzen“.

Daß viele Deutsche damals ihr Untermenschenbild ohne allzu große Retuschen in die Nachkriegszeit herüberret-



Zwangsarbeiterinnen in Berlin 1942: „Körperlich Leistungsunfähige ausmerzen“

ten konnten, ist freilich kaum zu verstehen ohne Kenntnis der widersprüchlichen DP-Politik der Alliierten, besonders der Amerikaner. Für sie waren die DPs bald nur noch „Objekte der Nachkriegspolitik“, so das Urteil des Braunschweiger Historikers Wolfgang Jacobmeyer, 43, in einer umfangreichen, noch unveröffentlichten Arbeit über die „Displaced Persons“ in Westdeutschland zwischen 1945 und 1951 vorgelegt hat: Objekte im beginnenden Kalten Krieg, „Indikatoren für politische Entscheidungen, die auf weltpolitischer Ebene gelegentlich noch ungesagt waren“.

Jacobmeyer hat seine Analysen des DP-Problems vor allem aus Akten der Kriegs- und Nachkriegszeit herausgearbeitet, die in den USA archiviert sind. Danach rechneten die Experten des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Invasionsstreitkräfte (SHAEP) Anfang Juni 1944, zwei Tage vor der Landung in der Normandie, mit insgesamt acht Millionen DPs und Flüchtlingen aus zwanzig Nationen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, sogar mit elf Millionen, wenn die damals noch von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiete einbezogen würden – nicht berücksichtigt die zunehmende Zahl auch deutscher Flüchtlinge.

Für sie alle galt der Befehl des Alliierten Oberbefehlshabers für Europa,

Dwight D. Eisenhower, der den „deplazierten“ Menschen – aus Sorge um die Beweglichkeit der alliierten Verbände – auferlegte, an Ort und Stelle zu bleiben („You will stand fast and not move“).

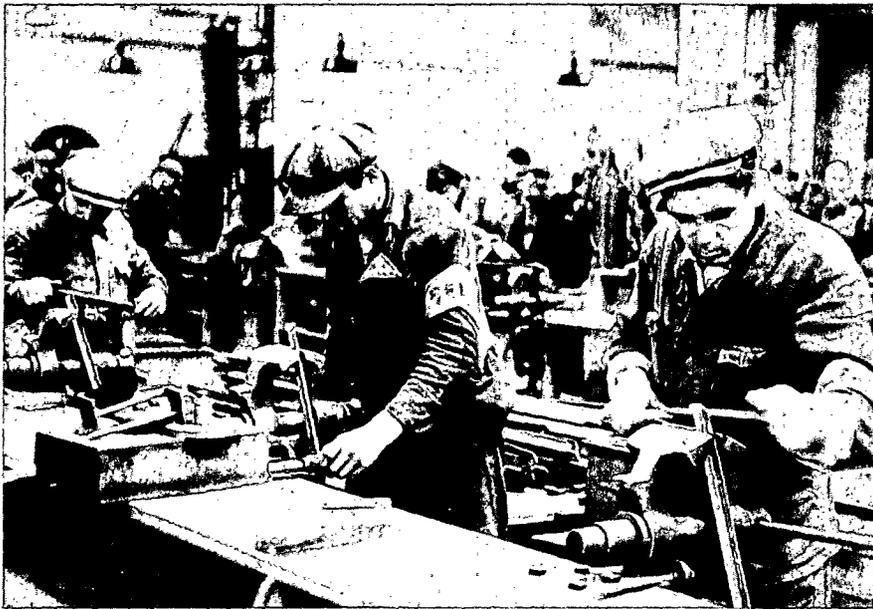
Zehn Monate später, im April 1945, reichte das revidierte SHAEP-Memorandum Nr. 39 der Truppe erste Handlungsanweisungen für die DPs nach. Es unterschied zwischen „United Nations DPs“ (Bürger der Uno-Staaten), „Ex-Enemy-DPs“ (Italiener, Finnen, Rumänen, Bulgaren, Ungarn) und „Enemy-DPs“ (Deutsche, Österreicher, Japaner) und erklärte zugleich die Befreiung, Versorgung und Repatriierung aller Verschleppten und Versprengten ausdrücklich zum „hohen alliierten Kriegsziel“.

Um das zu erreichen, wagte SHAEP eine „Selbstverpflichtung in atemberaubender Größenordnung“ (Jacobmeyer). 1500 Lager für jeweils 3000 DPs sollten innerhalb kürzester Zeit auf deutschem Boden eingerichtet werden, ein jedes geleitet und organisiert von vier Offizieren und acht Mannschaftsdienstgraden. Die Armee hatte die Versorgung sicherzustellen; pro DP 2200 Kalorien täglich.

Doch was den amerikanischen Truppen der 12. Armeegruppe (Mitte) nach ihrem Einmarsch in Deutschland tatsächlich begegnete, übertraf Vorstellungen wie Vorkehrungen der Generalstäb-



Kriegsgefangene auf deutschem Bauernhof 1939: Elf Millionen Verschleppte ...



... aus zwanzig Nationen: Zwangsarbeiter in deutschem Rüstungsbetrieb 1943

ler bei weitem: Bereits in den ersten Apriltagen des Jahres 1945 hatten die zwischen Rhein, Main und Weser operierenden vier US-Armeen über 300 000 DPs aufgefunden, von denen nur gut die Hälfte notdürftig in Lagern untergebracht und gepflegt werden konnte.

Oft schon vor Eintreffen der Alliierten begann in allgemeiner Auflösung die unorganisierte und spontane Selbstreparaturierung der DPs – auf allen Straßen „Vagabundierende“, wie ein zeitgenössischer Beobachter notierte, „manchmal kleine Banden bis zu einem Dutzend, alle ihre Habseligkeiten auf einem Handwagen, einige in Lumpen, andere in den schabigen Uniformen von einem Dutzend Armeen“.

Eisenhowers Stillhalte-Befehl hatten sie nie vernommen oder vergessen, ihre wilden Wanderungen heimwärts beunru-

higten Freund wie Feind. Während etwa ein Stabsoffizier der 9. US-Army argwöhnte, die den Vormarsch stark behindernden DP-Trecks seien eine Art Geheimwaffe der Nazis, vertraute Propagandaminister Joseph Goebbels seinem Tagebuch die Furcht an, die Rekrutierung der DPs würde die alliierte Schlagkraft „in einer fast unerträglichen Weise“ stärken.

Als derlei Ängste obsolet geworden und die Kriegshandlungen zu Ende waren, konnten sich die Sieger ans Zählen machen. 6,4 Millionen DPs ermittelten die Westalliierten im August 1945 allein für ihren Besatzungsbereich. Zusammen mit den bereits in Frankreich und Belgien Befreiten, den DPs in Österreich und jenen im Operationsgebiet der Roten Armee gelangte Jacobmeyer nach „maßvoller Kalkulation“ zu einer

Größenordnung von 10,8 Millionen DPs insgesamt“.

Diese gewaltige Menge „heimatloser Ausländer“, wie die DPs nach 1951 amtlich verharmlosend hießen, als bundesdeutsche Behörden das Problem von den Militärregierungen endgültig übernahmen, verweist eindeutig auf die kriegsverlängernde Funktion, die Kriegsgefangene und Fremdarbeiter für den NS-Staat hatten.

1944 waren 41 Prozent der in der deutschen Landwirtschaft Beschäftigten ausländische Zwangsarbeiter, 37 Prozent der Steinkohle-Kumpel, 28 Prozent der Maschinenbauer. Jedes vierte Kriegsgerät war statistisch von einem ausländischen Arbeitssklaven produziert worden.

Oftmals krank, physisch und psychisch heruntergekommen, sozial entwurzelt und abgerissen, erlebten diese unfreiwilligen Helfer den Kollaps der nazistischen Kriegsmaschinerie. Ein Viertel der beispielsweise im Mai 1945 in Krankenhäusern eingelieferten oldenburgischen DPs war lungenkrank. In Kassel wie anderswo bekämpften US-Sanitäter die Seuchengefahr in den DP-Lagern mit Tonnen von DDT-Pulver. Unter den ehemaligen KZ-Häftlingen betrug die Todesrate in den ersten Wochen nach der Befreiung bis zu einem Fünftel.

Überwältigt vom Ausmaß des DP-Problems, drängte das Militär die 1943 gegründete und für Wohlfahrtsprogramme wie medizinische Versorgung in den Lagern zuständig erklärte Welthilfsorganisation UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), die vertraglich vereinbarten achtköpfigen Spezialistenteams pro DP-Camp bereitzustellen. Wo immer sie verspätet und personell unterbesetzt einrückten, erwartete sie ein harter Job.

Für das Lager Lübeck beispielsweise resümierte im Juni 1945 ein militärischer Report: „Das Hospital hat praktisch keine Betten. Wohlfahrtspflege in den überfüllten Zuständen nahezu unmöglich, auch wegen des Mangels an Versorgungsgütern. Diese Bedingungen stellen sich als ein Problem dar, das auch den Stärksten verzagen ließe.“

Kaum anders noch zwei Monate später im „Smith Camp“ nahe Gießen: Es „fehlen Duschen, Bäder, Latrinen, ordentliche Waschgelegenheiten... Heizstoffe, Decken medizinische Ausrüstung und eine Ambulanz; in der Tat, alles fehlt“.

Erbitterung sprach aus einem Bericht, den Earl G. Harrison, Persönlicher Emissär des US-Präsidenten Harry S. Truman, nach einer Inspektionsreise durch Lager jüdischer DPs in der amerikanischen Zone fertigte: „So, wie die Dinge jetzt stehen, scheinen wir die Juden zu behandeln, wie es die Nazis taten, mit der Ausnahme, daß wir sie nicht umbringen. Sie leben in Konzentrationslagern in hoher Zahl unter unserer militärischen Bewachung statt unter der von SS-Einheiten. Man ist versucht

zu denken, ob die deutsche Bevölkerung bei diesem Anblick nicht glauben muß, daß wir der Nazi-Politik folgen oder sie wenigstens doch gutheißen.“

Dabei sollten die Besiegten genau den gegenteiligen Eindruck gewinnen. Die Lebensbedingungen der DP's hatten, wenigstens auf dem Papier, absoluten Vorrang vor denen der Deutschen und „in allen Fällen deutlich besser“ zu sein „als in ihrem früheren Sklaven- oder Gefangenensstatus“. Notfalls sollte die einheimische Bevölkerung sogar in gerade befreite KZ evakuiert werden, um Dörfer und Siedlungen für die DP's freizumachen.

Obwohl solche Requisitionen zugunsten von DP's die Ausnahme blieben, empfanden die Betroffenen sie allemal als ärgere Zumutung, als wenn sie Häuser und Wohnungen für die Besatzungsmacht hätten räumen müssen. Das Klischee war bald komplett und wurde bis in die „heutige Gesellschaft“, so Jacobmeyer, „als letzter Erinnerungsrest bewahrt“:

DP's galten als kriminell – ohne daß die Kriminalstatistik dieses Pauschalurteil je bestätigte; als asozial – ohne daß aus der gewalttätigen Ausbeutung je Verständnis und Mitschuld abgeleitet worden wäre; und als arbeitsscheu – ohne zu begreifen, daß den ehemaligen Zwangsarbeitern schon der Gedanke absurd vorkommen mußte, am wirtschaftlichen Aufbau eines neuen deutschen Staates mitzuwirken.

Nur wenige Monate reichten aus, den britischen, französischen, vor allem amerikanischen Soldaten die ordentlichen, höflichen, disziplinierten Deutschen weitaus sympathischer erscheinen zu lassen als deren verelendeten, renitenten und mißtrauischen Opfer.

Sensibel registrierten die UNRRA-Direktoren, die sich häufig als Verteidiger der DP-Interessen verstanden, die veränderte Stimmung. Laut einem Bericht, der die Situation in Bayern im Frühjahr 1946 schildert, hatte da „der Begriff ‚DP‘ . . . schon eine nahezu beleidigende Bedeutung erhalten, und sogar die Militärbehörden behandeln diese Leute wie ein drittklassiges Pack“.

Ein Jahr nach Kriegsende lebte noch eine gute Million DP's in den westlichen Besatzungszonen. Diese Zahl erhielt einerseits das enorme Rückführungpensum des Jahres 1945, als zwischen Mai und September täglich rund 33 000 Verschleppte in ihre Heimatländer befördert wurden. Andererseits wuchs bei zunehmender Ost-West-Spannung schnell die Erkenntnis, daß ein harter Kern von DP's nicht mehr repatriierbar sein und für längere Zeit ein sowohl internationales als auch deutsches Sozialproblem darstellen würde.

Das galt vor allem für die polnischen DP's, die mit Abstand größte ethnische Gruppe. Ihre Repatriierung war zunächst für Monate von den Sowjets blockiert worden, die auf unverzüglicher Heimführung ihrer Staatsangehörigen

bestanden und sich sperrten, vorher über polnische Rückkehrer auch nur zu sprechen, geschweige denn für sie Transportmittel zur Verfügung zu stellen.

Für sowjetische Staatsbürger galt in Erfüllung der Absprachen von Jalta der strikte SHAEF-Befehl, sie „nach Identifizierung durch sowjetische Repatriierungsvertreter . . . ohne Rücksicht auf ihre individuellen Wünsche“ auf den Transport Richtung Osten zu schicken. Besonders unter nichtsowjetischen DP's aus Osteuropa sprachen sich abschreckende Szenen solcher Zwangsrepatriierungen rasch herum. Einige hundert von insgesamt 2200 Offizieren der ukrainischen Wlassow-Armee, die mit der Wehrmacht kollaboriert hatte, begingen gemeinsam Selbstmord, bevor sie im

richtete darüber: „Es war nicht mehr menschlich . . . Es waren nicht Menschen in den Baracken, als wir hineinkamen. Es waren Tiere. Die GI's schnitten die meisten rasch los, die sich an den Deckenbalken erhängt hatten. Die, die noch bei Bewußtsein waren, schrien uns auf russisch an, deuteten dabei erst auf die Schußwaffen der Soldaten, dann auf sich selbst, und baten uns flehentlich, sie zu erschießen.“

Solche abschreckenden Beispiele, aber auch die Propaganda etwa der polnischen Exilregierung in London gegen eine vorschnelle Rückkehr in die Heimat, wo sich immer deutlicher die Etablierung eines kommunistischen Regimes abzeichnete, hielten viele Polen von der Repatriierung ab, als sie poli-



Jüdische Zwangsarbeiter in polnischem Getto: Befreiung: „hohes alliiertes Kriegsziel“

österreichischen Judenburg der Roten Armee übergeben werden konnten.

In einem Mannheimer Lager wehrten sich 600 aus der Ukraine stammende DP's Anfang September 1945 mit einem Aufstand gegen den Rücktransport in die Sowjet-Union. Nachdem ihnen eine Verschiebung um nur vier Tage zugestanden worden war, notierten UNRRA-Vertreter: „Alle Betroffenen waren überglücklich über diese kurze Gnadenfrist und äußerten ihre Dankbarkeit . . . indem sie den Offizieren und dem UNRRA-Team die Stiefel küßten.“

Im ehemaligen Konzentrationslager Dachau stürmten US-Soldaten zwei Baracken, die mit sowjetischen DP's belegt waren, um die Insassen in einen Richtung sowjetischer Zone bereitstehenden Zug verladen zu können; dabei wurde Tränengas eingesetzt. Die amerikanische Armeezeitung „Stars and Stripes“ be-

tisch und technisch möglich geworden war. Eine UNRRA-Umfrage von Mai 1946 ergab, daß zu diesem Zeitpunkt bereits acht von zehn polnischen DP's die Rückführung verweigerten. Die Akten überliefern die geradbrechte Begründung eines Bauern: „In mein Haus jetzt kein Pferd, kein Schwein, kein Kuh – nur Bild von Stalin an Wand.“

Die bald nur noch tröpfelnde Repatriierung schied damit als Lösung des DP-Problems aus – neben Polen auch für Letten, Esten und Litauer sowie nationale Minderheiten der UdSSR. Als die UNRRA-Aufgaben 1947 an deren Nachfolge-Organisation IRO (International Refugee Organization) übergingen, wurden deshalb mit nur mäßigem Erfolg mehrere Auswanderungskampagnen („Westward Ho!“) gestartet. In deren Verlauf nahm zwar die Zahl der DP's weiter ab, zugleich jedoch fand eine



Historiker Jacobmeyer
„Objekte der Nachkriegspolitik“

„Abschöpfung der DP-Elite“ (Jacobmeyer) statt: „Übrig blieben Kranke, Alte und Familien mit Kindern, die für die Aufnahmeländer nicht attraktiv waren.“

Einzig die jüdischen DPs, denen schon frühzeitig gemeinsame übernationale Lager zugestanden worden waren und die durch die zionistischen Verbände sowohl über eine straffe Organisation als auch über eine klare Zukunftsorientierung verfügten, betrieben mit amerikanischer Unterstützung und gegen britische Blockaden ihr eigenes Umsiedlungsprogramm nach Palästina.

Die Briten waren es auch, die Ende 1946 ihren Kurs gegenüber den in

Deutschland verbliebenen DPs radikal änderten und sich damit vom hohen Befreiungsideal endgültig verabschiedeten: Die DPs in ihrem Einflußgebiet wurden in Versorgung und Behandlung der deutschen Bevölkerung angeglichen, der deutschen Gerichtsbarkeit unterstellt und gelegentlich sogar unter Strafandrohung zur Arbeitsaufnahme in deutschen Betrieben veranlaßt.

Aber auch die Amerikaner, in deren Zone Mitte 1948 noch rund eine halbe Million DPs lebte, zeigten zunehmend ein taktisches Verhalten gegenüber den ehemaligen Verfolgten, denen sie ihr Besatzungsgebiet einst als sichere Zuflucht angepriesen hatten.

Während die Lager immer schärfer kontrolliert wurden und Armee-Zeitungen die DPs offen als „Faschisten“, „Kriminelle“ und „abgerissene kaserierte Landstreicher“ schmähten, waren solche Nationalkomitees und Emigrantenvereine höchst willkommen, die sich in antisowjetischer Propaganda hervortaten und den Amerikanern, so Historiker Jacobmeyer, „als eine Propagandamöglichkeit für ihre Positionen im kalten Krieg“ zur Verfügung stellten.

Längst entschieden, wenigstens außerhalb der Lager, wieder deutsche Polizisten über das Wohl und Wehe der ehemaligen Verfolgten – und das häufig wie gehabt: „Die Haltung der deutschen Polizei“, bilanzierte bereits 1946 die UNRRA-Direktorin des Lagers in Memmingen, „ist nicht die des Schutzes, sondern die der Verfolgung“ und „stets härter und brutaler als gegenüber Deutschen“.

Zwar ging der Bonner Bundestag unter dem Druck der Alliierten Hohen Kommission mit seinem 1951 verabschiedeten „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesge-

biet“ beträchtlich über internationales Flüchtlingsrecht hinaus, indem das den ehemaligen DPs eine weitgehende Gleichstellung mit deutschen Staatsbürgern einräumte. Das Wahlrecht gewährt ihnen die Bundesrepublik allerdings bis heute nicht – es sei denn, sie hätten erfolgreich ihre Einbürgerung (Kosten: bis zu 5000 Mark) betrieben.

Dafür jedoch verlangen die zuständigen Länderbehörden auch von „heimatlosen“ Ausländern in der Regel den Nachweis der Entlassung aus früherer Staatsbürgerschaft. Und auch eine finanzielle Wiedergutmachung blieb den allermeisten DPs als sogenannten Nationalverfolgten vorenthalten.

Sie waren und blieben, urteilt DP-Experte Jacobmeyer in Anspielung auf die gegenwärtige Ausländerproblematik, eine Gruppe, die ausschließlich und „über Jahre unter dem kalten Licht des Verwaltungsrechts gehalten wurde“.

SPD

Die Leute fragen

Die Sozialdemokraten suchen nach einem schlüssigen Wirtschaftskonzept – und einem Genossen, der es den Wählern klarmacht.

Im Magazin für Sozialdemokraten zitierte SPD-Geschäftsführer Peter Glotz den Brief eines Genossen. „Wenn wir Prozente gewinnen wollen“, schrieb Wolfgang Baldauf aus Velbert den Parteioberen nach Bonn, „müssen wir ein handfestes, einleuchtendes, klar verständliches und erfolgversprechendes Wirtschaftsprogramm publizieren.“

Glotz gab dem Genossen recht. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, so der Planer in der Baracke, als ob sich die Sozialdemokraten „ausschließlich mit Raketen beschäftigten“.

Auch Willy Brandt warnt davor, sich allzusehr „im Rüstungsthema zu verrennen“. Im Herbst, so der SPD-Vorsitzende, werde es zwei heiße Themen geben: die Raketen und die ansteigende Arbeitslosigkeit.

Schon unmittelbar nach der verlorenen Wahl im Frühjahr hat Bonns neue Opposition den wichtigsten Grund ihrer Niederlage erkannt. Stammwähler waren den Sozialdemokraten davongelaufen, weil sie den Christdemokraten eher zutrauten, mit den Problemen der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte fertig zu werden. „In der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, erkannte der ehemalige Finanzminister Hans Apel, „müssen wir unseren Standort orten, finden und vertreten.“

Fünf Monate danach ist von alledem noch nichts zu spüren. Der Standort der Sozialdemokraten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist unbestimmt. Allenfalls Fragmente einer sozialdemokrati-



DP-Lager in Ansbach 1952: „Abgerissene Landstreicher?“